# Antworten auf die Wahlprüfsteine von erlassjahr.de - Entwicklung braucht Entschuldung e.V. anlässlich der Bundestagswahl 2021

**1. Teilt Ihre Partei die Sorge, dass die sich derzeit zuspitzende Schuldenkrise im Globalen Süden wie in den 1980er Jahren zu einem „verlorenen Entwicklungsjahrzehnt" führen könnte? Welche Rolle spielen aus Ihrer Sicht Schuldenerlasse bei der Finanzierung der Nachhaltigen Entwicklungsziele (SDGs)?**

Ja, wir GRÜNE teilen diese Sorge und sind damit nicht allein. Auch IWF und Weltbank thematisieren seit Jahren diese Herausforderung. Die Corona-Krise führt in vielen Ländern des globalen Südens zu Kapitalflucht und Währungskrisen und offenbart so die Schwächen der Währungsordnung. Unser Ziel bleibt langfristig der Aufbau eines kooperativen Weltwährungssystems. Spätestens mit der COVID-19-Pandemie können Schuldenerlasse nicht länger wegdiskutiert werden, um Gelder in den Ländern des globalen Südens zu belassen. Dies ist dringend notwendig, um die eigenen Prioritäten wie die Agenda 2063 der AU, die SDGs und die Pariser Klimaagenda in den Ländern umzusetzen. Das funktioniert aber nur, wenn auch private Gläubiger*innen einbezogen werden, was bislang nicht erreicht werden konnte. Die Bundesregierung soll sich hierfür gemeinsam mit Vorreitern im G7- und G20-Kontext starkmachen.

**2. Wie bewertet es Ihre Partei, dass weltweit Austeritätsmaßnahmen ergriffen werden, um die weitere Bedienung der Schuldendienstzahlungen zu ermöglichen (2021 in min. 150 Ländern)? Ist dies Ihrer Meinung nach ökonomisch sinnvoll und sozial vertretbar? Falls nein, welche Alternativen gibt es?**

Wenn Staaten in einer Krise sparen, wird diese eher verschlimmert als verbessert. Damit gibt es nur Verlierer*innen aufseiten der Schuldner*innen und der Gläubiger*innen. Zu Beginn der Pandemie wurden die Länder des globalen Südens weniger durch Erkrankungen als durch Hunger und Armut in Folge von Lockdowns, Kapitalflucht und zusammenbrechenden Lieferketten heimgesucht. Inzwischen hat die Pandemie viele Länder des globalen Südens stark im Griff. Die desolaten Gesundheitssysteme verschärfen die Situation. Auch der Hunger nimmt weiter zu, die Preise steigen stark an. Notwendige Ausgaben für Hilfen - auch Nahrungsmittel - müssen daher bereitgestellt werden. Die Stundung von Schulden durch die G20 war daher das Minimum an erforderlichen Maßnahmen. Allerdings ist der Zugang zu dem Programm an fragliche Kriterien gebunden. Statt der Überschuldung zählt das Pro-Kopf-Einkommen. Hier muss es zu Erweiterungen kommen. In einem zweiten Schritt müssen Schuldenrestrukturierungen angegangen werden.

**3. Bislang bleibt das "Common Framework" der G20 hinter den Erwartungen zurück: Kein Land konnte bislang abschließend eine Umschuldung aushandeln, viele Länder bleiben ausgeschlossen. Welche weiteren Schritte sind aus Sicht Ihrer Partei notwendig, um rasche und nachhaltige Fortschritte zu erzielen?**

Beim Common Framework ist die Frage, welchen Staaten das überhaupt angeboten wird. Das Kriterium muss der Grad der Überschuldung sein. Hinzu kommt, dass der – in unseren Augen allenfalls teilweise und kurzfristig – begründeten Furcht vor einem Absinken des Kreditratings durch Schuldenerlasse begegnet werden muss. IWF und Weltbank können hier besser beraten und sollten selbst Teil von Schuldenerlassen sein. Zwingend müssen auch private Gläubiger*innen einbezogen werden. Mittel- bis langfristig bräuchte es ein echtes Schuldenrestrukturierungsverfahren unter dem Dach der VN, das auch Schuldenerlasse beinhalten muss. Deutschland muss sich nach der Bundestagswahl in allen multilateralen Gremien dafür einsetzen.

**4. Derzeitige Schuldenerleichterungsinitiativen wie die DSSI stehen ausschließlich Niedrigeinkommensländern offen. Wie wird Ihre Partei sich dafür einsetzen, dass diese und künftige Initiativen auch für krisenbetroffene Mitteleinkommensländer wie etwa die Inselentwicklungsstaaten geöffnet werden?**

Wir GRÜNE wollen, dass sich Deutschland in allen multilateralen Gremien entsprechend einsetzt und Verbündete sucht. Mittelfristig muss ein Schuldenrestrukturierungsverfahren unter dem Dach der VN errichtet werden, das alle Formen von Schulden umfasst, alle Gläubiger*innen einbezieht und allen Staaten offen steht. Wir wollen einen entsprechenden Politikwechsel innerhalb der nächsten Bundesregierung einleiten und die bisherige Blockadehaltung überwinden.

**5. Wird Ihre Partei sich dafür einsetzen, dass die Schaffung eines internationalen Staateninsolvenzverfahrens in den Koalitionsvertrag aufgenommen wird? Wenn ja, wie sollten Ihrer Meinung nach konkrete Umsetzungsschritte für ein solches Verfahren aussehen und wo sollte es angesiedelt sein?**

Ein Schuldenrestrukturierungsverfahren unter dem Dach der VN ist Teil des Grünen Wahlprogramms und soll damit auch in einem Koalitionsvertrag aufgenommen werden. In einem ersten Schritt sollte sich Deutschland mit anderen Staaten, die dieses Instrument ebenfalls befürworten, in einer Ad-hoc-Arbeitsgruppe zusammenfinden und Vorschläge erarbeiten. Anknüpfen kann man hier an die früheren Vorschläge des IWF. Parallel muss auf diplomatischem Weg versucht werden, bisherige Gegner umzustimmen.

**6. Was wird Ihre Partei tun, um private Gläubiger verbindlich in Umschuldungsvereinbarungen einzubeziehen? Wird sie zu diesem Zweck nationale Gesetzgebungskompetenzen nutzen und z.B. ein "Anti-Geiergesetz" nach englischem Vorbild verabschieden?**

Wir GRÜNE haben in der letzten und in der laufenden Wahlperiode entsprechende Anträge zum Umgang mit sog. Geier-Fonds in den Bundestag eingebracht (BT-Drucksachen 18/10639 und 19/20789) und werden auch in der kommenden Wahlperiode daran weiterarbeiten. Es braucht hier eine europäische Antwort. Wo es diese nicht gibt, können und müssen einzelne Mitgliedstaaten, wie es z.B. Belgien bereits tut, auch vorangehen.

**7. Wird Ihre Partei sich dafür einsetzen, dass die im BMZ angesiedelte Umwandlungsfazilität zum Zweck der Entwicklungsfinanzierung verschuldeten Staaten proaktiver angeboten und damit deutlich stärker genutzt wird als bisher?**

Ja, wir würden wo immer möglich den Spielraum, den der Haushaltsgesetzgeber der Regierung hier einräumt, versuchen zu nutzen. Dieser Punkt muss Teil der laufenden Gespräche mit den Partnerländern werden. Schuldenumwandlungen zugunsten von wichtigen Zielen wie Gesundheit, Bildung oder weiterer SDGs halten wir GRÜNE für ein wichtiges Instrument der Entwicklungsfinanzierung.

**8. Während einige Industrieländer angekündigt haben, die zusätzlich geschöpften IWF-Sonderziehungsrechte dem Globalen Süden zur Verfügung zu stellen, ist das für den deutschen Anteil laut Bundesbank gesetzlich nicht möglich. Wird sich Ihre Partei für die Änderung des entsprechenden Gesetzes einsetzen?**

Der IWF muss in Krisensituationen sehr viel mehr Liquidität unkonditioniert bereitstellen können. Dafür werden wir GRÜNE uns für eine deutliche Aufstockung der Sonderziehungsrechte einsetzen. Deutschland und Europa könnten vorangehen und nicht genutzte Sonderziehungsrechte Ländern des globalen Südens zur Verfügung stellen, wie Kanada es bereits getan hat. Sollte dazu eine Gesetzesänderung notwendig sein, prüfen wir, wie dies erreicht werden kann. Bis dahin sollten alle anderen Instrumente zur Anwendung kommen, wie bspw. die Umwandlung von bilateralen Schulden, höhere Beiträge zu Notfallfonds beim IWF oder höhere direkte Leistungen und Zahlungen an betroffene Länder. Der IWF sollte Ländern des globalen Südens auch bei der Einführung und Durchführung von Kapitalverkehrskontrollen helfen und dafür mit den Staaten mit globalen Finanzzentren zusammenarbeiten. Das Stimmengewicht muss sich zugunsten von Ländern des globalen Südens verschieben. Die EU-Staaten sollten ihre Stimmrechte zusammenlegen.